

Die im Dunkel sieht man nicht

Kosovo, Korea, Kaschmir – aber welche Politik nimmt sich der Probleme der südlichen Halbkugel an? / Von Gregor Schöllgen

Schon Ende der sechziger Jahre warnte Willy Brandt, der später Vorsitzender der sogenannten „Nord-Süd-Kommission“ wurde, vor der „höchst gefährlichen Zeitbombe“, die in Gestalt der politischen und ökonomi-

schen Krisen der Dritten Welt tickte. Dreißig Jahre später haben sich – durch Bürgerkriege und ökologische Katastrophen angeheizt, durch die Bevölkerungsexplosion beschleunigt – sämtliche der damaligen Probleme un-

geheuer verschärft. Für die Völkergemeinschaft bedeuten die Krisen und Konflikte der südlichen Halbkugel eine Herausforderung erster Ordnung. Aber anders als gegenüber den Konflikten im zerfallenden Jugoslawien,

in denen der Westen sich schließlich zu einem gemeinsamen Handeln durchrang, haben die handlungsfähigen Staaten der westlichen Welt bislang keine Strategie gefunden, die Not der Dritten Welt zu wenden. F.A.Z.

Eigentlich lassen sie sich gar nicht übersehen; und doch werden die Entwicklungen auf der südlichen Halbkugel, in der sogenannten Dritten Welt, mit einer Konsequenz verdrängt oder ignoriert, die überraschen muß. Denn längst haben die Vorgänge insbesondere in Afrika und im südlichen Asien Dimensionen und Verlaufsformen angenommen, die sehr an jene Zeiten erinnern, in denen das Problem im Zuge der Dekolonisierung beziehungsweise Befreiung erstmals ins Blickfeld der nördlichen Halbkugel rückte.

Daß während der ausgedehnten achtziger und beginnenden neunziger Jahre die ganze Aufmerksamkeit auf die revolutionäre Situation insbesondere in Ost-, Südost-, Ostmittel- und Osteuropa später auch im Kaukasus gelenkt worden ist, war nachvollziehbar und wohl auch richtig. Und wer wollte die Dramatik der Lage zu einer Zeit verkennen, in der Tausende deutscher Soldaten in schwierigen und gefährlichen Einsätzen daran beteiligt sind, Mord und Vertreibung auf dem Balkan Einhalt zu gebieten und eine tragfähige Friedensordnung zu etablieren?

Allerdings hat diese erzwungene Konzentration auf die eigene Hemisphäre die alte Neigung der Europäer und insbesondere der Deutschen befördert, jene Entwicklungen zu übersehen oder doch zu übergehen, die manches atemlos verfolgte Ereignis in der unmittelbaren Nachbarschaft weit in den Schatten stellen. Wer erinnert sich noch daran, daß im Verlauf des Jahres 1994 in Ruanda innerhalb von drei Monaten möglicherweise bis zu eine Million Menschen ermordet wurden und daß die Massaker in Zentral- und Westafrika Opfer gefordert haben könnten?

Daß im vergangenen Jahr noch zwei Drittel Bangladeschs im wahrsten Sinne des Wortes unter Wasser standen, ist dem flüchtigen Bewußtsein längst entrückt, obgleich die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Folgeschäden noch immer nicht zuverlässig bilanziert sind. Und daß bis vor einigen Monaten im Südsudan, unter Beteiligung der Bundesluftwaffe, eine der größten Luftbrücken aller Zeiten betrieben wurde, um mehr als zweieinhalb Millionen Menschen vor dem Verhungern zu retten, hat sich hierzulande kaum herumgesprochen.

Dabei sind die Probleme seit langem bekannt; die verheerende Kombination aus unkontrolliertem Bevölkerungswachstum, Ressourcen- und insbesondere Wasserknappheit, mangelnder Hygiene, unzureichender Bildung und immer stärker auch der Verfügung über moderne Waffensysteme und gefährliche Kampfstoffe haben seit den sechziger Jahren auf der südlichen Halbkugel zur Entwicklung einer Zeitbombe geführt, deren stufenweise Detonation ihre Auswirkungen allerdings nicht nur dort zeitigen wird.

Die Abstände, in denen die Weltbevölkerung um eine Milliarde Menschen zunimmt, verkürzen sich in schwindelerregendem Tempo. Vergingen bis zur dritten Milliarde im Jahr 1960 noch 34 Jahre, so wird die sechste Milliarde aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Jahr nach nur elf Jahren erreicht werden. 90 Prozent dieses Wachstums entfallen auf die Entwicklungsländer, und eben dort stellen sich die Lebensumstände äußerst ungünstig dar. Der Wachstumseinbruch in Asien und Lateinamerika hat nach dem soeben vorgelegten Bericht der Weltbank einen weiteren Rückschlag gebracht: So geht in vielen Ländern die Einschulungsquote der Kinder zurück, und Anfang des kommenden Jahrtausends wird etwa ein Viertel der Menschheit mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen.

Von den katastrophalen Lebensbedingungen besonders betroffen sind große Teile Afrikas und Südasiens. Nach Angaben des ehemaligen pakistanischen Finanz- und Planungsministers hatten Mitte der neunziger Jahre von einer Milliarde Menschen in Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal und Sri Lanka 280 Millionen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 300 Millionen lebten in absoluter Armut, 400 Millionen konnten nicht lesen und schreiben und 850 Millionen waren ohne Kanalisation. Was Afrika angeht, so weisen die jüngsten Indikatoren der Weltbank unter anderem auf eine enorme Zunahme der Aids-Infektionen hin: In Zimbabwe – ein Extremfall – sind nahezu 30 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 49 Jahren HIV-positiv.

Obgleich die erbarmungslosen Konsequenzen, die sich aus der Kombination dieser und anderer Faktoren ergeben, in immer kürzeren Abständen und knapperen Sequenzen auf den heimischen Bildschirmen zu besichtigen sind, hat die Politik der wohlhabenden und prinzipiell hand-

lungsfähigen Staaten der westlichen Welt bislang zu keiner Linie gefunden, die den Namen einer Strategie verdiente und über die punktuelle und kurzfristige Behebung einzelner Schäden hinausginge.

Das gilt auch für die deutsche Politik und überrascht zunächst einmal nicht. Weil schon das Deutsche Reich auf der Basis des Versailler Vertrages vom Juni 1919 auf jedweden kolonialen Besitz zu verzichten hatte, sahen sich weder die Bundesrepublik noch die DDR direkt mit den Folgen der Dekolonisation beziehungsweise Befreiung konfrontiert. Schon deshalb war für viele nicht einsehbar, warum sich ausgerechnet die beiden deutschen Teilstaaten in der Dritten Welt in besonderem Maße engagieren sollten. Die südliche Halbkugel spielte in der Außenpolitik Ost-Berlins und Bonns während der fünfziger und sechziger Jahre vor allem dann eine Rolle, wenn man die Anerkennung der DDR durchsetzen beziehungsweise verhindern wollte. Wenn es darum ging, den Alleinvertretungsanspruch und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu verhindern, zeigte sich Bonn nicht knauserig.

Im übrigen aber war es mit der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik nicht weit bestellt. Dabei wußte man sich am Rhein in guter Gesellschaft. Das 1968 von der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) festgelegte Ziel, wonach 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts aus öffentlichen Mitteln in die Entwicklungshilfe fließen sollten, wurde annähernd nur von den Niederlanden und den skandinavischen Staaten erreicht. Die Bundesrepublik kam in der Zeit des Kalten Krieges nie über 0,5 Prozent hinaus. Und so überrascht es nicht, daß am Ende der achtziger

Spätestens mit dem Zusammenbruch der alten Weltordnung war es soweit; und ehe es sich die Deutschen versehen konnten, war auch ihr soeben vereinigt Land aufgefordert, in den Kriegen, Krisen und Katastrophen im Nahen Osten, in Südostasien und auf dem afrikanischen Kontinent Stellung zu beziehen. So unterschiedlich die Ursachen der einzelnen Konflikte auch gewesen sein mögen, eines hatten sie gemeinsam: Die Wurzeln reichten in jene Zeit zurück, in der das Schicksal des südlichen Teils der Welt von den Metropolen des Nordens aus bestimmt worden war.

Je mehr sich die Konflikte seit den ausgehenden achtziger Jahren häuften, je stärker die Völkergemeinschaft, vor allem in ihrer organisierten Form, bei der Konfliktlösung gefordert war, um so öfter klopfen ihre Vertreter auch an das Tor des soeben vereinigt und gerade nach außen stabil, leistungsfähig und tatkräftig wirkenden Deutschland. Nur wenige Jahre nach der Vereinigung und nach dem hilflos wirkenden Verhalten der Bundesrepublik während des Zweiten Golfkriegs hielten sie es für geradezu selbstverständlich, daß sich die Bonner Republik in erheblichem Maße an UN-Aktionen, zunächst vor allem in der Dritten Welt, beteiligte.

Das galt für den Irak, wo seit Oktober 1991 Piloten und Mechaniker der deutschen Heeresflieger für fünf Jahre unter schwierigen Bedingungen an der Aufdeckung von Saddam Husseins geheimem Rüstungspotential beteiligt waren; und es galt auch für die Teilnahme der Bundeswehr an der teuersten und aufwendigsten Friedensmission, welche die Vereinten Nationen in ihrer bis dahin fast fünfzigjährigen Geschichte durchge-

oder die Hungerkatastrophe im Sudan, von denen schon die Rede war, aber auch die Entwicklungen in Angola, Sierra Leone oder Nigeria, in Indien oder Indonesien zeigten und zeigen auch, daß Vorgänge dieser oder ähnlicher Art nach dem Ende der alten Weltordnung nicht die Ausnahme, sondern in einigen Gegenden der Welt durchaus die Regel sind, und daß sie vielfältige Ursachen haben, die in bestimmten Situationen eine unheilvolle Verbindung eingehen: Im Falle des krisengeschüttelten Sudan spielen eine komplexe Umwelt- und Ressourcenproblematik, religiös motivierte Gegensätze, die Aussichten auf reiche Ölvorkommen, die Interessen von Waffenhändlern und andere Ursachen mehr unheilvoll ineinander.

Angesichts solcher ernüchternden Bilanzen wurde seit Mitte der neunziger Jahre in der westlichen Welt immerhin die Frage laut, ob Aktionen der Völkergemeinschaft – und wenn ja: welche – mit den jeweiligen nationalen Interessen vereinbar sein könnten. Die Frage stellte sich um so dringender, je mehr im Gefolge des Zerfalls der alten Machtstrukturen auch in einigen Teilen Europas Zustände sichtbar wurden, die denen auf der südlichen Halbkugel durchaus vergleichbar sind: Nach dem zitierten jüngsten Weltbankbericht lebt zum Beispiel inzwischen jeder dritte Bewohner im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion unter der Armutsgrenze; und die Methoden, mit denen Serbien seit zehn Jahren die Auflösung des alten Jugoslawien zu verhindern sucht, bedürfen in diesen Tagen nicht der Beschreibung.

Im Fall des Balkans hat sich die westliche Staatengemeinschaft, auch Deutschland, schließlich für eine klare Antwort mit allen Konsequenzen entschieden. Im



Wenn die Aktion zu Ende ist und das Fernsehen abschaltet: Wer trägt dann die Last der Dritten Welt?

Foto Mirko Krizanovic

Jahre der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit fünfzehn Millionen Niederländern größer war als der mit 3,5 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern.

Und das obgleich sich die Bilanzierung der dramatischen Entwicklung in der Dritten Welt bis heute mit dem Namen eines deutschen Politikers verbindet: Es war Willy Brandt, der schon in den ausgehenden sechziger Jahren auf die dort tickende „höchst gefährliche Zeitbombe“ hingewiesen hatte und sich seit Dezember 1977 als Vorsitzender der durch die Weltbank eingesetzten „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ um die Erarbeitung von Lösungsstrategien bemühte. Der Bericht dieser sogenannten Nord-Süd-Kommission, der 1980 vorgelegt wurde, war eine schonungslose Bestandsaufnahme der Krisen der südlichen Halbkugel und ihrer Ursachen. Das Leben der „Armen und Unwissenden“, so ist dort zu lesen, sei „derart beschränkt“, daß es „unterhalb jeder sinnvollen Definition des Begriffs Menschenwürde“ bleibe. Und schon damals sagten die Verfasser des Berichts voraus, daß die nördliche Halbkugel, über kurz oder lang, von dieser Entwicklung eingeholt werden würde.

führt haben. Als die „Blauhelm“-Mission in Kambodscha nach den Wahlen und der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung im November 1993 abgeschlossen wurde, hatte allerdings auch die deutsche Politik die Erfahrung machen müssen, daß sich immer häufiger einzelne Konfliktparteien nicht mehr an die Grundregeln eines kollektiven Sicherheitssystems wie der Vereinten Nationen hielten und UN-Einheiten wie militärische Gegner behandelten.

Der Fall Somalia, wo sich 1993/94 ein Nachschubbattalion der Bundeswehr an dem Versuch beteiligte, den Bürgerkrieg zu beenden und damit auch eine Ursache der Hungerkatastrophe zu beseitigen, hat das kraß bestätigt und den Beteiligten überdies eine doppelte Lehre erteilt: Einmal kann man Völker gegen den offenkundigen Willen von Teilen ihrer herrschenden Elite nicht zur Annahme von Frieden, Demokratie oder Menschenrecht zwingen, und dann ist eine zu diesem Zweck durchgeführte militärische Aktion ohne politisches Konzept zum Scheitern verurteilt. Das gilt übrigens nicht nur für den Süden.

Spätestens jetzt ließ sich nicht mehr übersehen, daß die Völkergemeinschaft mit der Vielzahl neuer Aufgaben, die sich ihr seit dem Ende des Kalten Krieges in der Dritten Welt stellten, überfordert war. Die Massaker in Zentral- und Westafrika,

globalen Spektrum ist sie, obgleich der sogenannte Kosovo-Krieg die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit führen könnte, nur eine Teilantwort. Ein umfassendes, mit den Partnern zu entwickelndes und umzusetzendes politisches Konzept steht aus. Die aufwendige Konversion der „Bundesstadt“ Bonn in ein Zentrum für internationale Entwicklungspolitik hat, jedenfalls zur Zeit, mehr mit innerwestlicher Ressourcenteilung denn mit Annahme der eigentlichen Herausforderung zu tun.

Es bleibt bei dem, was Bundespräsident Herzog im März 1995 in seiner Grundsatzrede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gesagt hat: „Wenn wir den Risiken nicht vor Ort begegnen, kommen sie zu uns.“ Damit ist die womöglich größte Herausforderung im aufziehenden 21. Jahrhundert angesprochen. Die stabilen Regionen der nördlichen Halbkugel, darunter die wohlhabende und in hohem Maße handlungsfähige Europäische Union mit ihrem deutschen Zentrum, sind aufgerufen, die Probleme der Dritten Welt als die ihren zu betrachten. Andernfalls könnten sie von ihnen zu einem Zeitpunkt und in einer Form eingeholt werden, die tragfähige Lösungen nicht mehr zulassen. Auch in dieser Hinsicht ist der Fall des ehemaligen Jugoslawien eine bittere Lektion.